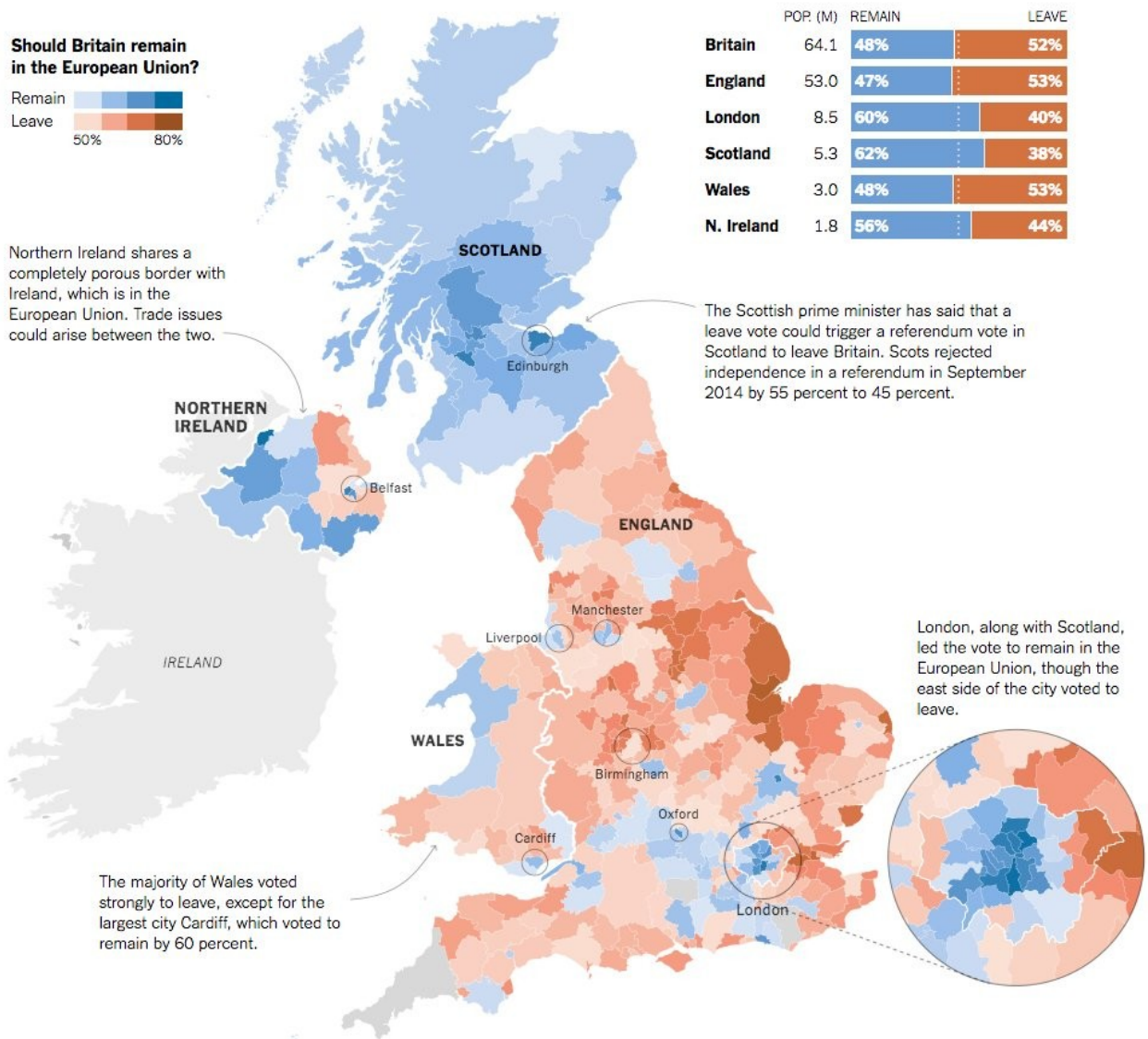


Brexit - Material zur Wahlanalyse

Schwerpunkt: Abstimmungsverhalten der Arbeiter / Unterschicht

Regionale Verteilung des Leave:

https://twitter.com/nytgraphics/status/746215829813944322/photo/1?ref_src=twsrc^tfw



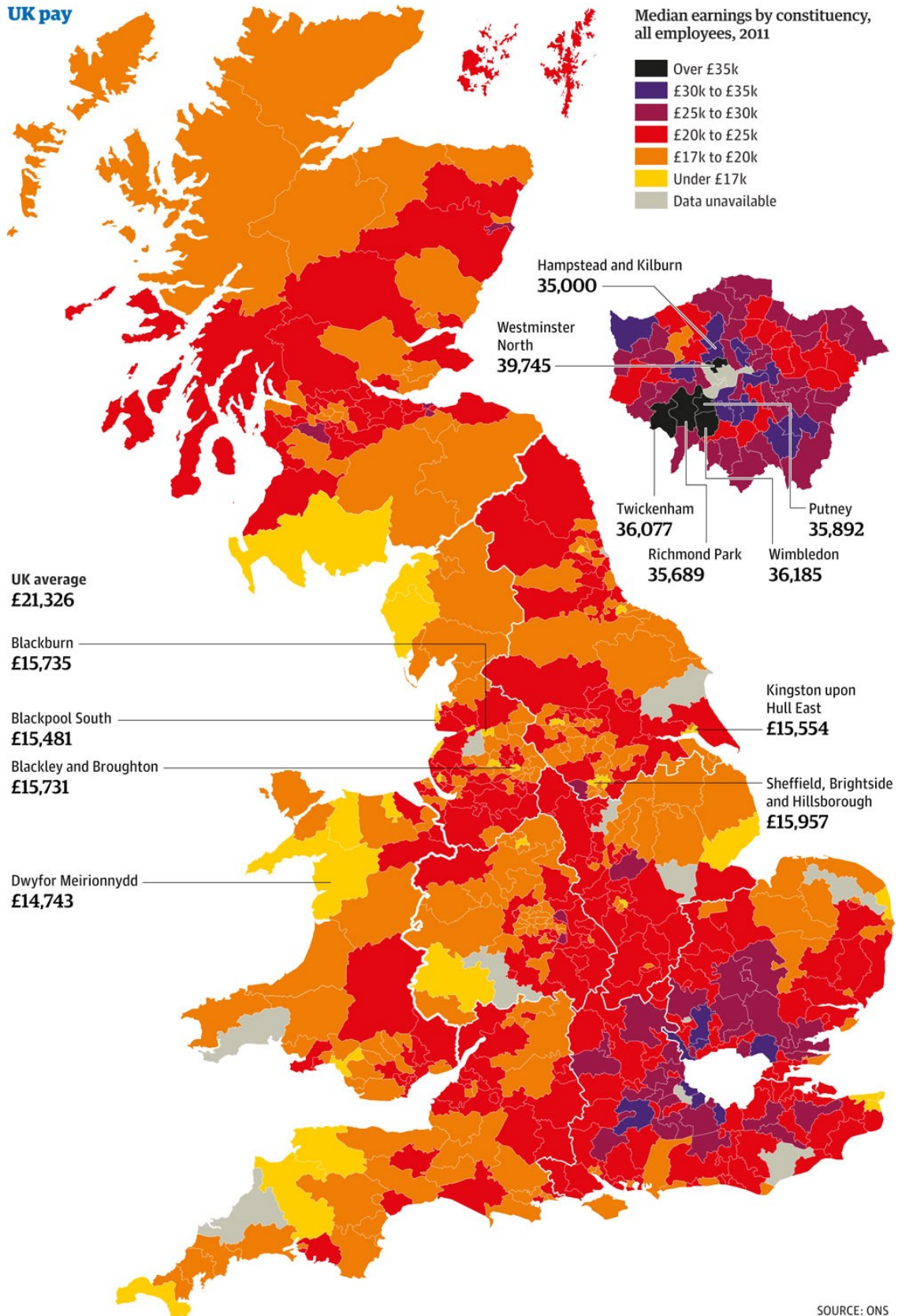
Die regionale Verteilung der Brexit-Befürworter korrespondiert mit der Verteilung der Einkommen, wie die folgende Karte zeigt.

Im Vergleich mit der Einkommensverteilung:

<https://www.theguardian.com/news/datablog/2011/nov/24/wages-britain-ashe-mapped> (24.11.2011)

aktuelle Daten zu Löhnen für Vollzeitbeschäftigte unter:

<http://www.ons.gov.uk/employmentandlabourmarket/peopleinwork/earningsandworkinghours/bulletins/annualsurveyofhoursandearnings/2015provisionalresults>



Warum war die Arbeiter- und Unterschicht für die Brexit-Kampagne (nationale Souveränität, Anti-Migration, Anti-EU) empfänglich?

<http://www.welt.de/119060642> 15.08.13 (Abruf 2.7.2016)

Großbritannien auf dem Weg zum Armenhaus der EU

Von [Nina Trentmann](#)

Niedrig, niedriger, Großbritannien: Seit Mitte 2010 sind die Löhne im Vereinigten Königreich inflationsbereinigt im Durchschnitt um 5,5 Prozent gefallen – das ist einer der stärksten Rückgänge in ganz Europa. Aktuelle Zahlen der Bibliothek des britischen Unterhauses, des House of Commons, zeigen, dass nur die Arbeitnehmer in Portugal, Griechenland und den Niederlanden noch größere Lohneinbußen hinnehmen mussten. [...]

Viele Firmen setzen vermehrt auf Teilzeit- und "zero-hours"-Verträge, die den Arbeitnehmern keine feste Wochenarbeitszeit mehr garantieren. Diese Firmen beschäftigen ihre Angestellten nur noch nach Bedarf: [...] Gibt es keine Arbeit, geht der Arbeitnehmer leer aus. [...] So sei der Anteil der Unterbeschäftigten in Großbritannien von 6,2 Prozent im Jahr 2008 auf knapp zehn Prozent Ende 2012 gestiegen, bis zu 1,4 Millionen Briten gelten als unterbeschäftigt. Gleichzeitig bleibt die Arbeitslosigkeit hoch: Sie lag im Juli bei 7,8 Prozent, wie das nationale Amt für Statistik mitteilte. 2,51 Millionen Briten sind derzeit ohne Arbeit. Dabei sind es längst nicht mehr nur Call-Center und Servicedienstleister, die versuchen, ihre Lohnkosten zu Lasten der Arbeitnehmer zu senken. Auch Institutionen wie das Odeon-Theater am Leicester Square in London, das Flaggschiff der Kino-Kette aus den 30er-Jahren, arbeitet vermehrt mit flexiblen Verträgen. Wie der "Guardian" berichtete, hat der Großteil der Beschäftigten des Odeon-Kinos inzwischen einen Vier-Stunden-Vertrag, der lediglich ein Gehalt von 25 Pfund (rund 30 Euro) pro Woche garantiert. [...]

Die gesunkenen Löhne und die Unterbeschäftigung treffen die Briten angesichts der jüngsten Sparrunde der Regierung Cameron besonders heftig. Im April traten Kürzungen im Sozialsystem in Kraft, das Gesundheitssystem NHS wird grundlegend reformiert. [...] Gleichzeitig senkte die Regierung von Premier Cameron den Spitzensteuersatz von 50 auf 45 Prozent, Briten mit einem Jahreseinkommen von weniger als 10.000 Pfund müssen keine Steuern mehr bezahlen. [...]

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD): "The British have violated the rules. It is not the EU philosophy that the crowd can decide its fate".

[@Taleof2Treaties](https://twitter.com/Taleof2Treaties) <https://twitter.com/gzibordi/status/747242697119891457>

<http://www.demokratie-goettingen.de/blog/brexit1>

Brexit: Tories und Labour im Spagat

[Michael Freckmann](#) | 21. Juni 2016 |

[...] Umfragen zufolge kommen die Befürworter eines „Brexits“ neben der Mittel- vor allem aus der Arbeiterschicht: je niedriger die soziale Schicht und der Bildungsgrad der Menschen, desto EU-kritischer ihre Einstellung. Eine Empfindung der Machtlosigkeit und des Kontrollverlusts – der Philosoph Michael Sandel diagnostiziert, dass sich die Angehörigen dieser niedrigeren Schichten „less and less in control of the forces that govern their lives“ fühlen – findet sich im Motto der *Leave*-Kampagne wieder, deren Schlachtruf *“Take back control again”* lautet. Diese Skepsis insgesamt wird dann umgeleitet auf die *unelected bureaucracy* in Brüssel, welche aus konservativer Sicht die „Souveränität“ beschneide, sowie auf Migranten und Flüchtlinge, die nach dieser Lesart die Sozialsysteme bedrohen würden. [...] Gerade dieser Graben zwischen Establishment und „einfacher“ Bevölkerung“ scheint aber ein Problem zu sein. Für viele Brexit-Befürworter klinge die *Remain*-Kampagne wie „elitäre Herablassung“ vermutet der Historiker Christopher Clark.

Brexit as Working Class Rebellion against Neoliberalism and “Free Trade”

By [Jack Rasmus](#)

Global Research, June 26, 2016

Class, nationalist, and ethnic elements are all involved in the Brexit vote in a complex integration of protest.

[...]

In the pre-2008, when economic conditions were strong and economic growth and job creation the rule, the immigration's effect on jobs and wages of native UK workers was not a major concern. But with the crash of 2008, and, more importantly, the UK austerity measures that followed, cutting benefits and reducing jobs and wages, the immigration effect created the perception (and some reality) that immigrants were responsible for the reduced jobs, stagnant wages, and declining social services. Immigrant labor, of course, is supported by business since it means availability of lower wages. But working class UK see it as directly impacting wages, jobs, and social service benefits. This is partly true, and partly not.

So Brexit becomes a proxy vote for all the discontent with the UK austerity, benefit cuts, poor quality job creation and wage stagnation. But that economic condition and discontent is not just a consequence of the austerity policies of the elites. It is also a consequence of the Free Trade effects that permit the accelerated immigration that contributes to the economic effects, and the Free Trade that shifts UK investment and better paying manufacturing jobs elsewhere in the EU.

[...]

The Brexit vote cannot be understood without understanding its origins in three elements: the combined effects of Free Trade (the EU), the economic crash of 2008-09, which Europe has not really recovered from having fallen into a double dip recession 2011-13 and a nearly stagnant recovery after, and the austerity measures imposed by UK elites (and in Europe) since 2013. These developments have combined to create the economic discontent for which Brexit is the proxy. Free Trade plus Austerity plus economic recovery only for investors, bankers, and big corporations is the formula for Brexit.

[...]

Another theme worth a comment is the Labor Party's leadership vote for remaining in the EU. What this represents is the further decline of traditional social democratic parties throughout Europe. These parties in recent decades have increasingly aligned themselves with the Neoliberal corporate offensive. That's true whether the SPD in Germany, the Socialist parties in France, Spain, Italy, Portugal, and Greece, or elsewhere. As these parties have abdicated their traditional support for working class interests, it has opened opportunities for other parties—both right and left—to speak to those interests. Thus we find right wing parties growing in Austria, France (which will likely win next year's national election in France), Italy, Netherlands, and Scandinavia. Hungary and Poland's right turn should also be viewed from this perspective. So should Podemos in Spain, Five Star movement in Italy, and the pre-August 2015 Syriza in Greece.

[...]

The bottom line is that right wing forces in both the EU and the US have locked onto the connection between free trade discontent, immigration, and the austerity and lack of economic recovery for all since 2009. They have developed an ideological formulation that argues immigration is the cause of the economic conditions. [...]

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/07/02/politische-instabilitaet-ueber-der-eu-braut-sich-ein-sturm-zusammen/>

Politische Instabilität: Über der EU braut sich ein Sturm zusammen

[Deutsche Wirtschafts Nachrichten](#), [Michael Bernegger](#) | Veröffentlicht: 2.7.2016

... Das Vereinigte Königreich hat seit den 1980er Jahren ein erfolgreiches, aber einseitiges und ungleichgewichtiges Wachstumsmodell entwickelt. Die Wachstumsraten des BIP/Kopf lagen deutlich höher als in der Eurozone. Die Wirtschaft basiert aber primär auf Finanz-Dienstleistungen und auf einem kreditgetriebenen Wachstum des Konsums. Die Sparquote ist seit Mitte der 1980er Jahre drastisch zurückgegangen, was sich auch in wachsenden Leistungsbilanzdefiziten reflektiert.

[...] Der Wohnungsmarkt ist absolut dysfunktional. Trotz Bevölkerungs- und Einkommenswachstum stagniert die Neubautätigkeit im Wohnungsbau seit Jahrzehnten auf extrem niedrigem Niveau. Dafür verzeichnet der Immobilienmarkt, der hypothekarisch hoch belastet ist, exorbitante Preissteigerungen. Die niedrigen Zinsen der 2000er Jahre und die Nullzinsen seit 2009 haben eine Preisexplosion, aber keine quantitative Angebotsausweitung im Wohnungsbau ermöglicht. Ein erheblicher Teil der Erwerbsbevölkerung ist von günstigem Wohnraum ausgeschlossen. Auch deshalb ist die Sensibilität gegenüber der Immigration ein zentrales Thema. Die Immigranten werden als Konkurrenten auf dem Wohnungsmarkt angesehen. [...] Einer der wichtigsten Gründe für die ungenügende Versorgung mit Wohnungen im UK ist [...] die Beseitigung des staatlich finanzierten sozialen Wohnungsbaues unter der Thatcher-Regierung.

[...]

Bezüglich der osteuropäischen **Immigranten liegen die Ursprünge auch nicht allein oder primär in Brüssel, sondern vielmehr in London**. Es war die britische Regierung, die sich – aus geopolitischen Gründen – besonders stark für eine beschleunigte und in gewisser Hinsicht verfrühte Aufnahme der acht ostmitteleuropäischen Länder in die EU eingesetzt hat. Bedenken wegen der Massenimmigration von osteuropäischen Arbeitskräften und ihrem möglichen Lohndruck hat die Labour-Regierung von Tony Blair souverän beiseite gewischt. Nur Großbritannien, Irland und Schweden [haben die](#) siebenjährige Übergangsfrist zur quantitativen Begrenzung der Einwanderung aus den acht ostmitteleuropäischen Ländern nicht genutzt – mit dem Effekt, dass die Immigration aus diesen acht Ländern sich auf das Vereinigte Königreich konzentriert hat. [...]

Die Explosion der Staatsschulden ist zuallererst und primär der Bankenrettung und dem damit zusammenhängenden konjunkturellen Einbruch 2009 zu verdanken. Die Explosion der Staatsschulden hat die Konservativen zur Austeritätspolitik veranlasst, die als besonders unfair gilt. Die kleinen Leute bezahlen mit schlechterer Bildung, weniger Kommunalausgaben und Wohlfahrtsmitteln sowie mit höheren Steuern für die Deregulierungs-Politik unter der Blair/Brown-Regierung (Labour, E.S.) für die darauf folgenden Exzesse der Banken und für die Austeritätspolitik unter Cameron und Osborne (Konservative). [...]

<http://www.andreas-wehr.eu/eine-besondere-beziehung.html>

Andreas Wehr: Eine besondere Beziehung

[...] In mindestens drei Bereichen billigte das Land (Großbritannien, E.S.) nicht nur die Vorhaben Brüssels, sondern trieb sie sogar voran. Dazu gehören die vollständige Durchsetzung der Binnenmarktfreiheiten, die Schaffung der »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« und die Forcierung der Erweiterung der EU. [...] Und in der Frage der Erweiterung gehört das Land zu den entschiedensten Befürwortern der Osterweiterung, und heute tritt es vehement für die Aufnahme der Türkei ein. [...]

Zusammen mit der Europäischen Kommission drängte Großbritannien auf immer weitergehende Privatisierungen, Deregulierungen und Liberalisierungen. New Labour unter Tony Blair übernahm nahtlos diesen von den britischen Konservativen vorgegebenen Kurs. [...]

Zu den Binnenmarktfreiheiten gehört neben der Kapital-, Waren- und Dienstleistungsfreiheit auch die Personenfreizügigkeit. [...] Und so bietet das Land »Cheap labour« (billige Arbeit) dank laxer Arbeitsgesetze, kaum abverlangter beruflicher Qualifikationen und angesichts der bei Migranten meist vorhandenen Grundkenntnisse der englischen Sprache stets einen großen Markt. Deshalb profitiert Großbritannien wie andere englischsprachige Länder, etwa die USA, Kanada oder Australien, im besonderen Maße vom »Brain drain«, der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Auf diese Weise lässt sich viel an Erziehungs- und Qualifikationskosten der eigenen Arbeitskräfte sparen. In London konnte man etwa die Ausbildung von Krankenpflegekräften komplett einstellen – war es doch günstiger, sie von außen ins Land zu holen. [...]

Mit den Osterweiterungen der EU 2004 und 2007 entstanden enorme Produktivitäts- und Lohnunterschiede zwischen alter und neuer Union. Die Folge war eine große Arbeitsmigration von Ost nach West. Es wird geschätzt, dass allein drei Millionen Polen ihr Land in Richtung Westen verließen. Auch Hunderttausende Tschechen, Slowaken, Ungarn und Balten gingen. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 kam es zu einer zweiten Migrationswelle. Aus Rücksicht auf ihre Arbeitsmärkte räumten Deutschland und Österreich den Bürgern aus den 2004 hinzugekommenen Staaten erst zum 1. Mai 2011 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit ein, [...] Für Arbeitnehmer aus Rumänien und Bulgarien gilt sie sogar erst seit 2014. Anders gingen Großbritannien, Irland und Schweden vor. Sie hatten von Beginn an die unbeschränkte Arbeitsmigration aus den Beitrittsländern gestattet.

Die hohe, weiter andauernde Migration hat negative Folgen für die Lohnabhängigen in der alten EU. Es sind vor allem die Schwächsten unter ihnen, die schlecht Ausgebildeten und die hier schon lange lebenden Zuwanderer, die diese neue Konkurrenz zu spüren bekommen. Mit Hilfe billiger und williger Arbeitskräfte aus dem Osten können insbesondere Unternehmen der Bauindustrie und des Dienstleistungsgewerbes – etwa bei der Pflege – Löhne senken und schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen. [...] Die hohe Zuwanderung aus den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern und inzwischen auch aus den von hoher Arbeitslosigkeit geplagten Ländern Spanien, Portugal und Griechenland ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Großbritannien inzwischen ein großes Problem geworden. »Im ersten Quartal (2016, A. W.) gab es in Großbritannien eine Rekordzahl von 2,1 Millionen Arbeitnehmern aus anderen EU-Staaten und damit zwölf Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Seit 2010 hat sich ihre Zahl fast verdoppelt.« Es war dieser Anstieg, der die Stimmung gegenüber der EU endgültig kippen ließ: [...]

Es sind vor allem die ultraliberalen Rechten in der Konservativen Partei um den ehemaligen Londoner Bürgermeister Boris Johnson sowie die rechtspopulistische UK Independence Party von Nigel Farage, denen es in der Austrittskampagne immer besser gelingt, die mit der Migration entstandenen Probleme in den Mittelpunkt zu rücken und sich damit als Fürsprecher der besorgten Lohnabhängigen und sozial Deklassierten aufzuspielen.